

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

22.10.2020

HAUSHALT

2021

Antrag zum Thema

Schaffung einer Personalstelle zur Förderung gemeinwohlorientierter Wohnprojekte

▶ Zuordnung im Haushaltsplan				
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt			
▶ 294	▶ 6100			
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition				
▶ 51 5110-610				
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme				
▶				
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen				
Art	2021	2022	2023	2024
<input checked="" type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung	1,00	1,00	1,00	1,00
<input type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk				
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung				
▶ davon zahlungswirksam in				
Sonstige Änderungen				
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen				

Schaffung einer Personalstelle zur Förderung gemeinwohlorientierter Wohnprojekte

▶ Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
▶ bitte Zuschussempfänger eintragen
▶ Sachverhalt Begründung

Der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt 1,0 Personalstellen (E13) zur Initiierung und Förderung gemeinwohlorientierter Wohnprojekte in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat zu konzipieren und auszuschreiben. Entsprechende Personalaufwendungen und eventuell erforderliche Sachaufwendungen werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Gemeinwohlorientierte Wohnprojekte leisten einen wertvollen Beitrag zur Schaffung von preiswertem Wohnraum und zur Belebung von Stadtquartieren. Nicht Gewinne für Investor*innen sondern Mehrwerte für die Stadtgesellschaft sind das Ziel: etwa durch die Schaffung von dauerhaft preiswertem Wohnraum, durch Angebote für besonders benachteiligte Gruppen auf dem Wohnungsmarkt oder die Schaffung kultureller oder sozialer Räume und Treffpunkte.

Vielfach sind Wohnprojekte Reallabore, wo innovative Formen des nachhaltigen Bauens und Zusammenlebens erprobt und bspw. auch Generationen zusammengebracht werden. Gleichzeitig wird Wohnraum langfristig dem Markt und der Kommerzialisierung entzogen.

Die Förderung von Wohnprojekten hat auch einen demokratischen Effekt: Bürger*innen bleiben nicht nur Konsument*innen von Stadt, sondern gestalten aktiv mit. Es ist großartig, was in Städten wie bspw. in Tübingen und Freiburg aus dem Engagement vieler Aktiven entstanden ist. Die Projekte unter dem Dach des Miethäusersyndikats aber auch neue kleine Genossenschaften geben hervorragende Beispiele. Auch in Karlsruhe gibt es eine Vielzahl von tollen Initiativen.

Potentiale, Engagement blieben jedoch bisher von der Stadt ungenutzt.

Es braucht eine klare Haltung der Stadt zur Unterstützung dieser Projekte. Es müssen Gelegenheiten eröffnet werden, in Planungsprozessen muss die Beteiligung dieser Wohnprojekte frühzeitig mitgedacht werden, es muss Ansprechpartner*innen in Stadtverwaltung geben. Die Stadt muss eine aktive Rolle bei der Bereitstellung von Grundstücken einnehmen, aber auch im Umgang mit Behörden unterstützen. Es ist Aufgabe der Stadt, wirkungsvolle Förderkonzepte zu entwickeln und so zu einer gewünschten Vielfalt in den Stadtquartieren von heute und morgen beizutragen.

Die beantragte Stelle soll in einem ersten Schritt ein konzeptionelles Vorgehen, mit den Unteraufgaben einer Öffentlichkeitsarbeit, einer Klärung von Rollen der Initiativen aber auch der städtischen Ämter, entwickeln aber auch unmittelbar in den Austausch mit bestehenden Initiativen treten. Es sollen Ideen und Wünsche der Initiativen aufgenommen und bei der Vermittlung in Richtung der zuständigen Dezernate, städtischer Ämter und ggfs. der Volkswohnung oder anderen Bauträgern unterstützt werden.

Die weitere Ausformung der Stelle wird durch entsprechende ausstehende Beschlüsse des Gemeinderats und eine Fortentwicklung der Konzepte zwischen Gemeinderat, Stadtverwaltung, Volkswohnung und Zivilgesellschaft erfolgen.

Wir schlagen vor die Stelle als Stabstelle beim Dezernat 1 anzusiedeln.

Die Aufgaben befassen sich mit Themen und erfordern eine Koordinierung mit verschiedenen Dezernaten sowie u.U. der Volkswohnung. Aus unserer Sicht könnte ein solche Stabsstelle darüber im Zusammenhang

Schaffung einer Personalstelle zur Förderung gemeinwohlorientierter Wohnprojekte

mit weiteren Aufgaben, mit dem Ziel einer stärkeren Förderung von sozialem und gemeinwohlorientiertem Wohnen in Karlsruhe, weiterentwickelt werden.

Unterzeichnet von:

Für die Fraktion DIE LINKE:

Lukas Bimmerle

Karin Binder

Mathilde Göttel